

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921**

9.4.1921 (No. 82)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlstr. 14  
Zersprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Festschriftkonto  
Karlsruhe  
Nr. 5515.

Verantwortlich:  
Hauptredakteur  
C. A. M. e. n. d.  
Druck  
und Verlag  
G. Braunische  
Hofbuch-  
druckerei, beide  
in Karlsruhe.

Preis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 18 A 90 P. — Einzelnummer 25 P. — Anzeigengebühren: die 1mal gepaltene Zeile oder deren Raum 90 P. Briefe und Gelder frei. Bei Abbestellungen letzteres Kassa, der als Kassenabzug gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Lagerbestellung, gleichzeitiger Beibringung und Kontokorrentabrechnung fällt der Kassa fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Wassereinbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für erbetene Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### \* Der Streik in England.

Schon vor Jahren haben politische Schriftsteller die Auffassung vertreten, daß das englische Weltreich einen Kollaps auf ökonomischen Füßen darstelle und in absehbarer Zeit zusammenbrechen werde. Und neuerdings hat einer der besten Kenner der englischen Verfassungsgeschichte, Professor Galsche, in einer neuen bedeutenden Schrift die großen verfassungsrechtlichen Probleme untersucht, die unter Umständen zu einer Auflösung des Reiches führen könnten.

Es ist da vor allem der Gegensatz zwischen der „Küstenpolitik“ und der „Binnenlandpolitik“, der eine baldige Lösung erfordert. England hat bisher seine Kolonien an der Stange halten können, solange diese Kolonien Küstenpolitik betrieben; denn solange waren sie mehr oder minder auf das Mutterland angewiesen. Sowie aber die Kolonien — und es sind genug Anzeichen dafür vorhanden — zu einer Binnenlandpolitik übergehen, müssen sie das Interesse an Mutterland verlieren und zur Selbstständigkeit drängen. England würde es dann mit diesen Kolonien genau so gehen, wie mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika; sie würden sich losreißen und als selbständige Mächte neben England treten. Eine solche Entwicklung wäre für England verhängnisvoll, weil es schon ohnehin die überseeische Großmachtstellung und Konkurrenz der Union zu fürchten hat und sowohl finanziell wie wirtschaftlich immer mehr und mehr seine eigene Unabhängigkeit verliert.

Bei dem großen Streik, der zur Zeit das britische Wirtschaftsleben erschüttert, handelt es sich allerdings um diese schwerwiegenden Probleme nicht. Die akute Gefahr aber, die dieser Streik heraufbeschwört, ist für die innere und äußere Politik Englands dafür um so größer.

Durch die Ereignisse der letzten Jahre sind die Nerven des europäischen Menschen derartig abgestumpft, daß er sich nur noch verhältnismäßig schwach über Dinge aufregt, die früher geradezu sein Entsetzen hervorgerufen hätten. Und so wird auch heute noch das, was eigentlich eine ungeheure soziale Revolution in England ist, von den meisten Beobachtern auf dem Kontinent lediglich als ein Streik, als ein Machtkampf um die Aufrechterhaltung der bisherigen Löhne bewertet.

Und doch ist die soziale Revolution in England bereits im vollen Gange. Ja, es scheint sogar, als ob sich ihr bereits ganz bestimmte politische Strömungen hinzugesellt hätten, und zwar Strömungen linksradikaler bzw. kommunistischer Art. Und wenn wohl auch kaum anzunehmen ist, daß sich die Masse der englischen Arbeiterschaft für diese politischen Ideen begeistern wird — dazu ist der englische Arbeiter viel zu praktisch —, so wird doch zweifellos der Kampf selbst durch das Vorhandensein dieser Strömungen den Charakter einer besonderen Leidenschaftlichkeit, Erbitterung und Zähigkeit erhalten.

Die Einmütigkeit der Arbeiterschaft in England scheint unerschütterlich zu sein. Und wenn die großen Gruppen der Eisenbahner und Transportarbeiter dem gestern gefassten Beschluß entsprechend wirklich in den Sympathiestreik für die Bergarbeiter eintreten, so ist das wirtschaftliche Leben in England auf absehbare Zeit zur völligen Stagnation verurteilt. Denn selbstverständlich werden auch alle anderen Fabriken, die ja von den Erzeugnissen der Grubenindustrie und den Verkehrsmitteln abhängig sind, schließen müssen. Die Arbeitslosigkeit wird ganz riesige Formen annehmen, und die Auseinandersetzung über das, was dann kommen soll, wird, falls man sich nicht doch noch vorher einigt, auf dem Wege der Gewalt erfolgen.

Die Regierung Lloyd Georges ist demgegenüber in einer überaus schwierigen Lage. Lloyd George hat mehrfach zu vermitteln versucht und scheint die Hoffnung auf neue Vermittlungsversuche nicht aufgegeben zu haben. Aber bisher hat er, der sonst mit seiner vermittelnden Hand schon so viel erreicht hat, keinen Erfolg davongetragen. Es ist eben leichter, zwischen einem Frankreich, das alle Trümmer in der Faust hält, und einem niedergeborenen Deutschland zu vermitteln, das sich nicht wehren kann, als zwischen zwei großen Körperchaften (Grubenbesitzern und Grubenarbeitern), die sich mit ziemlich gleichen Kräften gegenüberstehen.

Doch ein derartiger Generalstreik, wie er jetzt England droht, weil er das gesamte wirtschaftliche Leben

der Nation beeinträchtigen muß, die Regierung selbst vor die schwersten Aufgaben stellt, liegt klar auf der Hand. Dieser Umstand sollte eigentlich allen Regierungen der Welt, die sich zu einer sozialen Betrachtungsweise noch nicht durchgerungen haben, beweisen, wie notwendig es ist, Staat und Wirtschaft, Regierung und Volk, Besitzende und Arbeiter auf breiter, geselliger Grundlage in einen solchen Zusammenhang zu bringen, daß derartige Streiks, die ja letzten Endes immer Sonderaktionen eines Teils auf Kosten der anderen Teile sind, unterbleiben. Praktisch müßte eine solche Politik, eine solche Stellungnahme der Regierungen natürlich hinauslaufen auf eine Art Kampf gegen den Großkapitalismus, weil dieser es ist, der die Gefahr von wirtschaftlichen Erschütterungen und sozialpolitischen Kämpfen immer wieder von neuem heraufbeschwört.

Es rächt sich jetzt, daß England bisher das Dasein eines von rein großkapitalistischen Interessen beeinflussten Staates geführt hat. Und es wird nunmehr ungeheurer Anstrengungen bedürfen, um das Schlimmste von der englischen Nation abzuwenden, die Revolution, die die Wahren der Gerechtigkeit verläßt und sich in Gewalttätigkeiten austobt. Ohne Rücksicht auf die Arbeiterschaft läßt sich heute keine Politik mehr führen. Das mag von allen denen, die in den bequemeren Anschauungen einer verklossenen und nicht gerade ruhmvoll zu Ende geführten Zeit leben, bitter empfunden werden. An den Tatsachen wird durch diese Empfindungen aber nichts geändert. Und Sache des Politikers, der den Erfordernissen seiner Zeit gerecht werden will, ist es, sich mit dieser Tatsache abzufinden!

### Politische Neuigkeiten.

#### Die deutsche Denkschrift über Oberschlesien.

In der der deutschen Note betr. Oberschlesien beigelegten Denkschrift wird ein umfangreiches Material, das den Umfang eines dicken Buches hat, über die poln. Wahlbeeinflussung gegeben. Aus dem ihr beigegebenen Vorwort ist zu entnehmen, daß überall da, wo sich die Bevölkerung schuldig fühlte, und das Eintreten für die deutsche Sache eine Gefahr für Leben und Eigentum bildete, die Abstimmung besonders beeinflusst war. Daraus erklärt sich auch die Verschiebung der Abstimmungsergebnisse in dem Gebiet, das etwa durch die Linie Weiskopf (Kreis Loebjahn) — Jomazitz — Großstrehlitz — Kofel und dem Laufe der Oder bis Oderberg begrenzt wird; denn diese Linie fällt ungefähr mit der Linie zusammen, bis zu der sich der Augustausbruch des Jahres 1920 ausgedehnt hat. In diesem Gebiete waren polnische Soldaten nach wie vor besetzt, und innerhalb dieser Linie sind es besonders die Grenzgebiete, die schuldig bestanden, da sie allen Einwirkungen und Einflüssen der über die Grenze kommenden polnischen Banden ausgesetzt waren. Brennpunkte der Unruhen waren besonders die Kreise Hydnau und Pleß und hier wiederum der Grubenbezirk von Nikolai und der gesamte Südbezirk des Kreises Ratibitz und der Kreis Tarnowitz. In Städten und städtischen Siedlungen, die Schutz gegen polnische Gewaltakte boten, wurde deutsch gestimmt. Schon in den Außenbezirken wurde viel stärker polnisch gestimmt, als wie in den besetzten Innenbezirken.

In Hydnau, Pleß und im Süden des Kreises Ratibitz ist seit dem Augustausbruch ein öffentliches Verbot für die deutsche Sache nahezu unanlässig gewesen, während die Polen ihre Werbearbeit ungehindert betreiben konnten. Die Terrorfälle steigerten sich insbesondere seit der bekannten Rede Morozows in Rosenberg, in der er zur offenen Gewalt gegen die Reichsoberhäupter aufforderte. Tatsächlich wurde auf Veranlassung des polnischen Plebiszitkommissariats fast in keiner ländlichen Ortschaft dieses Gebietes den Abstimmungsberechtigten aus dem Reiche Unterkunft oder Aufenthalt gewährt wegen der polnischen Drohung, daß die Häuser, die gegen diesen Befehl handeln würden, in die Luft gesprengt werden würden. Die Gemeinderäte hatten ausdrücklich eine Position für den Schaden abgelehnt. Der Terror steigerte sich seit den Einreisefällen gegen jedermann, der verdächtig war, deutsch zu denken. Es erfolgten verschiedene Überfälle auf Deutschgesinnte, Handgranatenattentate gegen Häuser, die Abstimmungsrechte aufnahmen.

Deutsche Arbeiter wurden von ihren Arbeitsstätten vertrieben, schwer mißhandelt und sogar ermordet. Die deutschen Mitglieder der paritätischen Ausschüsse mußten vielfach ihre Ämter niederlegen unter den Drohungen, sonst ermordet zu werden, was in einigen Fällen tatsächlich erfolgt ist. Ein deutsches Abstimmungsauto zu benutzen, war wegen der häufig vorkommenden Autüberfälle schließlich unmöglich geworden. Bei dem Autüberfall in Staube wurde ein Deutscher erschossen und sechs schwer verletzt. Viele Dörfer waren für jeden Deutschen eine Hölle. Auf die Hilferufe der deutschen Bevölkerung wurde geantwortet, man verfüge nicht über genügend Truppen. So bemühte sich der Bevölkerung schließlich das Gefühl vollkommener Verlassenheit. Der durch den Terror planmäßig herbeigeführte Zustand der Einschüchterung dauerte an. Die gewaltsame Wahlbeeinflussung setzte polnischerseits in den letzten Tagen vor der Abstimmung mit aller Gewalt

ein. Die von Morozow organisierte Oberschlesische Volkspartei erließ einen Aufruf, in dem es hieß, kein Mensch könne gehindert werden, den deutschen Stimmzettel öffentlich zurückzugeben. Jeder wußte, daß er es schwer büßen müßte, wenn er nicht nach diesem Vorschlage gehandelt hätte. In den Tagen vor der Wahl wurden die blutrünstigsten polnischen Drohbriefe versandt. Der Terror hielt weiter in der Nacht zum 20. März an. In dieser Nacht hörte man von jenseits der Grenze starke Detonationen und polnisches freudenschießen, das von der brangängigen Bevölkerung als Zeichen der bereitstehenden polnischen Armee gedeutet wurde.

Der Wahltag selbst bot äußerlich das Bild vollkommener Ruhe, was ein deutlicher Beweis dafür ist, daß der vorangegangene Terror lediglich polnische Regie war. Am Wahltage waren die Straßen vor den Wahllokalen von halbwegsigen Burichen mit dem Abzeichen des polnischen Adlers besetzt, die jeden, der zur Wahlurne ging, genau musterten. Diese Burichen standen auch im Wahlraum, schauten in die Wahlgänge hinein. An vielen Stellen gaben die polnischen Wahlvorsteher nur polnische Stimmzettel aus. Die polnischen Beobachter sorgten dafür, daß ein Umtauschen nicht möglich war. Die deutschen Ausschussmitglieder wurden vielfach vor der Feststellung des Wahlergebnisses entfernt. Trotzdem das Material über Verhöre gegen die Wahlvorsteher schon erdrückend ist, entziehen sich viele Fälle der Feststellung, da die Bevölkerung angesichts des entsetzlichen Terrors nach der Wahl keine Aussagen macht. Es ist erstaunlich, daß in den Kreisen Hydnau, Pleß, Ratibitz und Tarnowitz bei diesem Terror sich noch so viele deutsche Stimmen gefunden haben.

Die von einem einheimischen Piane arbeitende polnische Propaganda hat aber auch an die niedrigsten Instanzen appelliert. Morozow nahm in dem gewöhnlichen eine Aderverteilung vor, indem er in ausgelegten Parzellenbüchern jede gewöhnliche Adermenge nachweislich eintragen ließ. Polnische Stimmkäufe und der durch Morozow veranlaßte Gegenaufruf auf den Aufruf der deutschen Montanindustrie verstanden sich das Bild. In diesem Gegenaufruf erklärten Angehörige polnischer Organisationen der Arbeiterschaft, daß sie und nicht die alten Blutsauger des Arbeiters die wahren Eigentümer der Gruben und Hütten seien.

Das Vorwort schließt: Die Drohungen u. die Wahlbeeinflussung haben eine derartig starke Wirkung auf die seit Wochen verängstigte und schuldlos gelassene Bevölkerung ausgeübt, daß die Abstimmung für in keiner Beziehung als der Ausdruck eines freien ungehinderten Volkswillens angesehen werden kann.

### Neue Kriegstreiberereien in Frankreich und Belgien.

Im französischen Senat erklärte Kriegsminister Barthou bei Behandlung des Budgets für das Kriegsministerium nach einer Blättermeldung mit Bezug auf Deutschland: „Die Stunde wird kommen, wo es sich der Gewalt unterwerfen muß. Es hängt von dem besiegten Deutschland ab, den Frieden zu sichern. Wenn es nicht will, wird es zu fühlen bekommen, daß wir eine nationale Armee haben. Ich habe die verantwortungsvolle Aufgabe, hier anzuführen, daß nach dem Wortem des Ministerpräsidenten gegebenenfalls Deutschland am Kratzen gefahrt werden soll. Um das zu können, muß ich die nötigen Mittel besitzen, die mir das Parlament gewiß zur Verfügung stellen wird.“ Die 5 ersten Kapitel des Budgets wurden hierauf angenommen.

Die französischen Staatsmänner führen allmählich eine Sprache, die wir eigentlich begrüßen könnten, da sie mit der Zeit auch dem Verblenden die Augen darüber öffnen wird, daß der Friede wie von jeher auch in Zukunft in allererster Linie und ausschließlich von Frankreich gefördert ist.

Bertinax schreibt im „Echo de Paris“ über die gegenwärtige Lage. Er weist auf den 1. Mai hin und darauf, daß am 12. April die Reparationskommission die Diskussion beendigen wird, die augenblicklich im Gange ist. In dieser Methode wird die Gesamtsumme der finanziellen Verpflichtungen Deutschlands sowie die von Deutschland bis jetzt geleisteten Zahlungen festgelegt werden. Er werde sich um die Vermittlungsrolle Amerikas bemühen. Die französische Regierung könne von England und Amerika den stärksten Druck erwarten. Aber zwischen dem Minimum der Forderungen Frankreichs und dem, was Deutschland in seiner augenblicklichen Gemütsverfassung zu zahlen bereit sei, bestehe ein Abgrund. Aus diesem Grunde habe Ministerpräsident Briand klar und deutlich eine Politik der Aktion angekündigt. Sie bestehe nach Bertinax in der militärischen Besetzung des Ruhrgebietes, den alten Pfändern werden neue Pfänder hinzugefügt, die die deutsche wirtschaftliche Unabhängigkeit zerstören würden. Die Aufmerksamkeit der französischen Regierung konzentrierte sich in diesem Augenblick auf die militärischen und wirtschaftlichen Vorbereitungen, die im Sommer dieses Jahres unternehmen können.

Der frühere belgische Kriegsminister Raffon erklärte einem Berichterstatter des 20. Jahrhunderts, wenn Frankreich beschließen sollte, militärische Schritte zu unternehmen, so sei es Belgiens ureigenes Interesse, sich dem anzuschließen.

### Briands Lügen und Drohungen.

Die starken Worte, die der französische Ministerpräsident in der Kammer und im Senate in der Reparationsfrage gegenüber Deutschland gebraucht hat, und die Drohungen, die er bei dieser Gelegenheit ausgesprochen hat, werden, wie die „Frankf. Ztg.“ hört, die deutsche Regierung zu einer Erwiderung veranlassen. In der deutschen Kundgebung soll vor allem an der Hand des Tatsachenmaterials der Behauptung Briands entgegengetreten werden, daß Minister Dr. Simons in seinem Memorandum für die Washingtoner Regierung die öffentliche Meinung Amerikas habe irreführen wollen.

## „Die Epoche der Gewalt“

Der Pariser Berichterstatter der „Westminster Gazette“ schreibt in einem „Vorzeichen der Katastrophe in Europa“ überschriebenen Artikel: Die größtmögliche Aufmerksamkeit muß den zahlreichen Anzeichen der kommenden Krise in Europa zugewendet werden, die weit ernster sein wird, als irgend eine andere, die wir seit dem Kriege durchgemacht haben. Fürchterliche Entscheidungen müssen in kürzester Zeit getroffen werden. Wohl George hat der Anwendung von Strafmaßnahmen zugestimmt, und dadurch endgültig die Politik Frankreichs und ungewisselhaft auch die Englands orientiert auf dem Wege, auf dem es jetzt kein Zurück mehr gibt. Der Beschluß, Düsseldorf zu besetzen, scheint der Beginn einer neuen Politik gewesen zu sein, die nicht leicht verlassen werden kann. In gewissen Kreisen ist es ein offenes Geheimnis, daß die militärischen und finanziellen Operationen gegen Deutschland nur die ersten Schritte zu einem großen, wenn auch vagen Programm bedeuten. Je weiter England und Frankreich auf diesem Wege fortschreiten, um so mehr sind sie verpflichtet, ihn zu gehen. Die Anzeichen mehren sich, daß eine neue und furchtbare Epoche begonnen hat, denn Briands Methode ist die Methode der Gewalt. Frankreich verläßt sich auf die volle Unterstützung Englands bei seinen Forderungen gegen Deutschland. England hat sich zu einer bestimmten Politik verpflichtet und kann Frankreich jetzt nicht mehr verlassen. Der Berichterstatter hält die letzte Rede Briands für außerordentlich wichtig, da sie so ungewöhnlich sei und die fast vollständig einstimmige Zustimmung des Parlamentes gefunden habe. Als Briand sein Amt antrat, sei er in einer äußerst schwierigen Lage gewesen, jetzt sei seine Lage äußerst hart. In Frankreich sei man der Ansicht, durch Gewaltanwendung könne man die deutschen Kapitalisten zwingen, einen Teil ihres Reichtums herzugeben.

## Zur Regierungskrise in Preußen.

Die „Germania“ macht in erster Linie das Verhalten der Radikalen der erstbehaltenen Koalition für das Scheitern der Verhandlungen verantwortlich, die Deutsche Volkspartei und die Sozialdemokratie. Die Frage, was nun geschehen solle, sieht auch die „Germania“ als durchaus offen an. „Sie würden am eigenen Leib zu verspüren bekommen, daß keine Partei, weder die sozialdemokratische noch die Deutsche Volkspartei, ihren Willen einfach diktiert kann, solange wir darauf angewiesen bleiben, eine Koalitionsregierung zu bilden, und eine solche auf breiter Basis muß das uns vorschwebende Ziel nach wie vor bleiben. Die Mängel der alten Koalition liegen zu sehr zu Tage, als daß darüber weiter gestritten zu werden brauchte. Andererseits muß man in bürgerlichen Kreisen begreifen, daß auch das Beispiel der Minderheitsregierung im Reich für Preußen nicht kopierbar ist. Ganz abgesehen davon, daß eine bürgerliche Minderheitsregierung nicht möglich wäre, weil die Sozialdemokratie ihr gegenüber erklärtermaßen eine neutrale Haltung nicht einnehmen würde, besteht auch sowohl bei den Demokraten wie beim Zentrum keine Neigung, derartige Experimente, die letzten Endes doch zu nichts führen würden, mitzumachen.“

## Die Finanzminister-Konferenz.

Über die Stuttgarter Finanzministerkonferenz wird amtlich mitgeteilt: Durch die Annahme der Steuernovelle wird der Ertrag der Einkommensteuer ungünstig beeinflusst, einmal dadurch, daß der Prozentsatz der Tarife wesentlich herabgesetzt worden ist, dann aber auch dadurch, daß den Gewerbetreibenden auf eine Reihe von Jahren eine starke Abschreibung gestattet worden ist, und endlich ist die Besteuerung des Mindesteinkommens fortgefallen. Die Finanzkonferenz beruhte aus diesen Gründen für die Länder und Gemeinde einen höheren Prozentsatz der Einkommensteuer als die bisherigen zwei Drittel vom Reich zu erlangen, außerdem sollten den Gemeinden statt 5 Prozent der Umsatzsteuer 15 Prozent zugewiesen werden. Eine Einigung kam jedoch in diesen beiden Punkten nicht zustande. Das Reich wollte nur eine Erhöhung der Umsatzsteuer um 5 Prozent gewähren. In den nächsten Tagen wird der Reichsfinanzminister weitere Verhandlungen hierüber mit dem Städtetag führen. Eine Einigung wurde in der Frage erzielt, zu welchem Zeitpunkt den Ländern und Gemeinden der zwei Drittel betragende Anteil der Reichseinkommensteuer zusätzlich 25 Prozent auszubehalten ist.

## Wie gegen die Reichswehr gehetzt wird.

Das Reichswehrministerium teilt mit: Im „Vorwärts“ Nr. 164 werden in einem Artikel „Wer hat verjagt?“ die schärfsten Angriffe gegen die Reichswehr erhoben. Es sind die gleichen, die am selben Tage in der „Magdeburger Volksstimme“ zu lesen waren. Zunächst wird im „Vorwärts“ behauptet, daß das Reichswehrministerium der Anweisung der Reichsregierung um Verzeihung von Reichswehrtrouppen im mitteldeutschen Aufstandsgebiet nur zögernd und verspätet nachgegeben sei. Diese Behauptung trifft nicht zu. Der Beschluß der Reichsregierung, in Mitteldeutschland Reichswehr zusammenzuziehen, ist am Ostermontag, den 27. März, 2.30 Uhr nachmittags, gefaßt worden. Eine frühere Vereinstellung von Reichswehr ist deshalb nicht erfolgt, weil die preussische Regierung das dringende Ersuchen gestellt hatte, von dem Einsatz von Reichswehrtrouppen abzusehen. Die Schutzpolizei würde allein mit dem Aufstand fertig werden, vorausgesetzt, daß ihr Artillerie und Minenwerfer zur Verfügung gestellt würden, was seitens des Reichswehrministeriums sofort geschah. Die vom Reichswehrministerium auf Grund des Beschlusses der Reichsregierung vom 27. März zu erlassenden Anordnungen sind sodann unverzüglich nach am gleichen Nachmittag herausgegangen. Die Truppenteile sind dann umgehend in Marsch gesetzt worden und sind bereits nach 20 Stunden in das Aufstandsgebiet abgerollt. Der während der Osterfeiertage vor sich gehende Einsatz der Reichswehr ist also nicht langsam, sondern schnell erfolgt, zumal wenn man bedenkt, daß die Ausrüstung der möglicherweise für eine mehrtägige Operation einzusetzenden Truppe mit Munition und Lebensmitteln sowie ihr Bahntransport nach den festgelegten Ausladungspunkten eine gewisse Zeit in Anspruch nimmt und daß bei der zahlenmäßigen Schwäche der Reichswehr, Truppen nicht nur aus Mitteldeutschland, sondern auch aus Bayern und Württemberg herangeführt werden mußten.

Im übrigen wird im Gegensatz zu den Äußerungen des „Vorwärts“ darauf hingewiesen, daß die Kommandeure der Reichswehr an den Stellen, an denen Reichswehrtrouppen eingesetzt worden sind, nicht im Gegensatz, sondern im engsten Einvernehmen und in voller Übereinstimmung mit den Zivilbehörden gearbeitet haben und daß dies unter anderem auch von Landräten anerkannt worden ist, die der U.S.P.D. angehören.

Sodann wird bemängelt, daß die Reichswehr beim Einsatz des von Auffständischen eingeschlossenen Panzerzuges nicht schnell genug gehandelt habe und daß die Schupo, schneller als die Reichswehr zur Stelle gewesen sei. Hierzu ist zu bemerken, daß die Anforderung zum Einsatz von Reichswehr beim Reichswehrtrouppenkommando in Cassel in der Nacht

vom 26./27. März um 1 Uhr vormittags einlief und daß bereits um 9 Uhr vormittags — also nur wenige Stunden später — die vom Reichswehrtrouppenkommando zum Einsatz bestimmten Truppen einladerbereit auf dem ihnen zugewiesenen Bahnhof bereitstanden. Zu einem Einsatz der Truppe kam es allerdings nicht, da inzwischen die Mitteilung einlief, daß der Panzerzug bereits von in der Nähe befindlichen Schupo einsetzt worden sei.

Im übrigen hat der angeblich ohne Erfolg tätige Panzerzug Sangerhausen vor schlimmstem Terror bewahrt. Die Angehörigen des Zuges hatten einen Toten und 25 zum Teil recht schwer Verwundete zu beklagen. Der „auf eigene Faust und ohne Unterordnung unter die allgemeine Führung kriegsführende Panzerzug“ gehörte, wie durch W. L. W. längst bekannt gegeben, nicht der Reichswehr, wie man nach den Ausführungen des „Vorwärts“ annehmen konnte, sondern der Eisenbahnerverwaltung an und ist lediglich ein mit besonderen Schutzvorrichtungen versehener Eisenbahnerzug gewesen, der zur Vornahme von Streckenreparaturen in das Aufstandsgebiet entsandt worden war.

Bei Nebenwanda ist die Reichswehr eingesetzt worden, sobald die Weisung der Reichsregierung, die sich allerdings — und zwar auf Wunsch des preussischen Staatsministeriums — den Einsatz von Reichswehr vorbehalten hatte, hierzu vorlag. Schließlich wird über den angeblich verspäteten Einsatz der Reichswehr die Behauptung aufgestellt, daß „irgendwo der Wunsch vorhanden gewesen sei, die Schwierigkeiten so groß werden zu lassen, daß die preussische Regierung mit ihren Polizeitrouppen allein der Bewegung nicht Herr werden könnte, um so der Reichswehr wieder einmal eine Gelegenheit zu schaffen, ihre Unentbehrlichkeit zu beweisen.“ Das Urteil über diesen schwerwiegenden Vorwurf sowie über die Art einer solchen Kampfesweise überläßt das Reichswehrministerium der Öffentlichkeit. Es stellt fest, daß Oberpräsident Höpfer von den eingangs erwähnten gleichlautenden Angriffen in der „Magdeburger Volksstimme“ gelegentlich einer Unterredung mit dem Reichswehrminister am 2. April nachdrücklich abgerückt ist und dem Minister sein Bedauern und Befremden über die Angriffe der „Magdeburger Volksstimme“ zum Ausdruck gebracht hat. — Er weist darauf hin, daß obige Angriffe des „Vorwärts“ in starkem Widerspruch zu einer Äußerung stehen, die das gleiche Blatt einige Tage vorher macht, zu einer Zeit also, wo der Kampf in Mitteldeutschland seinen Höhepunkt erreicht hatte. In Nr. 147 stellt es nämlich fest, daß es „gegen den Aufruhr noch andere Mittel gebe, als das Schießen auf die aktiv tätigen Aufreißer und daß die Fernhaltung der Reichswehr in Wirklichkeit keinerlei Nachteile hervorzurufen habe.“

## Ein Zwischenfall in Gleiwitz.

Die Breslauer „Volkszeitung“ meldet aus Gleiwitz: Von polnischen Spionen wurde bei der Geheimpolizei der internationalen Kommission angezeigt, daß in der Wohnung des Landgerichtsrats Knoll der deutsche Kapitänleutnant von Demming einlogiert sei, gegen den angeblich der Verdacht vorlag, daß er der geheimen Organisation der Selbsthilfe gegen den bolschewistischen Terror angehöre. Französische Soldaten umstellten die Wohnung. Mehrere Geheimpolizisten in Zivil mit zwei kassierten Kolibriemützen in Uniform drangen in die Wohnung ein. Demming vermutete in den Zivilisten Spione der polnischen Spiontruppe und rief ihnen zu: „Aus mit den Zivilisten.“ Als die Zivilisten der Aufforderung nicht nachkamen, schuß Demming und verletzte drei von ihnen lebensgefährlich. Dem vierten, einem französischen Kriminalbeamten, gelang es, sich in den Rücken Demmings zu verstecken. Er streckte Demming durch drei Schüsse von hinten nieder. Als der Arzt eintraf, war Demming bereits tot.

## Kommunistenprozesse.

Das außerordentliche Gericht in Torgau verurteilte 18 Kommunisten, die am 25. März die dortige Kaserne zu erstürmen und die Elbebrücke mit Handgranaten in die Luft zu sprengen versuchten, zu Zuchthausstrafen von 5–6 Jahren und Ehrverluste von 5 Jahren. Ein Teil der Angeklagten bezeugte sich als verheiratet und nahm das Urteil mit lautem Weinen an. In dem Magdeburger Kommunistenprozeß Vater wurde gestern der Hauptangeklagte Privatmann Albert Bator freigesprochen, da ihm das zur Last gelegte Verbrechen nicht nachgewiesen werden konnte. Vor dem außerordentlichen Gericht in Halle wurden die Angeklagten wegen der Eisenbahnanschläge bei Altdorf und auf dem D-Zug Halle-Leipzig bei Gröben verhandelt. Das Gericht verurteilte den 34jährigen Kommunisten Paul Wilhelm, gebürtig aus Rabenau, zum Tode, zu 12 Jahren Zuchthaus, dazwischen Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und 1200 M. Geldstrafe.

## Die Streikbewegung in England.

Wie aus London berichtet wird, haben die Eisenbahn- und Transportarbeiter beschloffen, in den Streik zu treten. Die Regierung hat sämtliche Gemeinden beauftragt, mit der Registrierung freiwilliger Polizisten zu beginnen. Im Gebiete von Rhondda in Wales sind bereits zahlreiche Schächte eröffnet oder im Begriffe zu erlaufen. Das „Echo de Paris“ meldet aus London: Die englische Regierung hat über die schottischen großen Grundbesitzer den Belagerungsstand und das Standrecht verhängt. In mehreren Städten haben die Streikenden die Nacht an sich gerissen und die kommunistische Republik ausgerufen. In Genoa sind 4 Bataillone der Gardebrigade fedmarischmäßig eingetroffen. „Daily Herald“ meldet, daß die Kommunisten in Edinburgh, Glasgow und Leith die öffentlichen und Staatsgebäude besetzt haben. Weiteren Meldungen zufolge hat der König ein Dekret unterzeichnet, das die Reserven des Landheeres und der Marine mobilisiert. Des weiteren soll die Regierung im Hinblick auf die schwere innere Beschaffenheit haben, alle verfügbaren Truppen im Ausland, so aus Oberschlesien, Ägypten und Island, zurückzuführen.

## Kurze polit. Nachrichten.

\* Die Beförderung von Milliardenwerten. Das Auswärtige Amt hat an die interalliierte Militärkontrollkommission folgende Note gerichtet: Die deutsche Regierung hat Kenntnis davon genommen, daß die Vorkonferenz ihren Vorschlag, die den augenblicklichen Bedarf übersteigenden Bestände an Ersatzteilen und Halbfabrikaten für Heeresgut bis zum Eintreten des Bedarfsalles im besetzten Gebiet lagern zu lassen, abgelehnt und die sofortige Beförderung dieser Vorräte verlangt. Damit werden Werte von mehr als einer Milliarde Mark ohne militärische Notwendigkeit vernichtet. Die deutsche Regierung ist genötigt, ihr Budget in den kommenden Jahren mit hohen Aufwendungen für den Bedarf der Wehrmacht zu belasten, die bei Annahme des Vorschlages erspart worden wären. Die zur Durchführung dieser Beschlässe erforderlichen Anordnungen werden erteilt.

\* Die fünfzigprozentige Abgabe. Entgegen anderweitigen Nachrichten verlautet amtlich, daß die 50prozentige Importabgabe in England dem Futturenpreis, ausschließlich Fracht und Versicherung, erhoben wird.

\* Volksabstimmung in Steiermark. Der kaiserliche Landtag nahm einstimmig unter lebhaftem Beifall einen Antrag der Großdeutschen an auf Durchführung einer Volksabstimmung in Steiermark am 20. Mai über die Frage: „Wird der Anschluß an Deutschland gewünscht?“

## Badische Uebersicht.

### \* Badische Wochenrückblicke.

Karlsruher Mietvertrag und Massenkündigungen am 1. April.

Kaum irgendwo stehen sich die Interessen so scharf gegenüber wie auf dem Gebiete der Mietzinsfrage. Der Hausbesitzer will nicht der einzige sein, der mit der Erhöhung seiner Einnahmen zurückbleibt, während alle übrigen ihre Einkünfte den gesteigerten Kosten der Lebenshaltung allmählich anzugleichen suchen. Für den Mieter aber bildet allgemein eine im Verhältnis mit der sonstigen Löhnerung mäßig zu nennende Miete noch die letzte Rettung vor völliger wirtschaftlichem Verfall. Er kann es seinerseits nicht verstehen, daß der Hauseigentümer heute für sein zu Friedenszeiten im Grundbesitz angelegtes — in vielen Fällen bereits ganz oder wenigstens teilweise amortisiertes — Kapital höher verzinst bekommen soll als etwa der Geldverleiher oder Besitzer von Staatspapieren, und stellt sich auf den Standpunkt, daß der Hausbesitzer genau so wie der Rentner heute eben sehen müsse, sein Einkommen durch persönliche Arbeitseinstellung irgend welcher Art den Zeitverhältnissen entsprechend zu vermindern. In diesem Zusammenhang möchten wir übrigens bemerken, daß vielfach mit Recht bedauert wird, daß die Steuerlisten nicht öffentlich ausliegen. Wäre dies der Fall, so würde sich zeigen, daß manchmal gerade die größten Schreier am wenigsten Ursache zu Klagen haben, während umgekehrt in Fällen, in denen eine wirkliche Notlage des Hausbesitzers vorhanden ist, verhältnismäßig besser situierte Mieter sich ohne lange Verhandlungen zu freiwilligem Entgegenkommen bereitfinden würden. Die Mieter machen weiter geltend, daß die Hauseigentümer ganz allgemein seit 5 bis 7 Jahren alle Wünsche auf Vornahme von Reparaturen grundsätzlich unberücksichtigt ließen, dagegen aber, soweit es ihnen nur möglich war, Mietsteigerung auf Mietsteigerung folgen ließen, vielfach in ultimativer, jeder Rücksicht entbehrender Form, und dort, wo die üblichen Vorkehrungen es zuließen, Gebühren und Abgaben jeglicher Art, — Straßenreinigung, Wasser, Müllabfuhr, Kaminreinigung, Treppenbeleuchtung usw. — auf die Wohnungsinhaber abwälzten.

Die Tätigkeit der Mieteinigungsämter wird vielfach auf beiden Seiten skeptisch beurteilt. Zahlreiche Mieter bringen diesen, vornehmlich zu ihrem Schutz geschaffenen Ämtern ein derartiges Mißtrauen entgegen, daß sie in vielen Fällen auf ihre Anrufung verzichten und, überzeugt, doch keinen wirksamen Schutz zu finden, den Forderungen der Hauseigentümer nachkommen. Aber auch in Hausbesitzerkreisen fühlt man sich, namentlich dort, wo es sich um sog. Luxuswohnungen handelt, durch manche Entscheidungen der Mieteinigungsämter zu Unrecht geschädigt. So hat sich allmählich auf beiden Seiten eine gereizte Stimmung herausgebildet, die oft genug zu hitzigen Erörterungen führt.

In diese gereizte Stimmung hinein fielen nun dieser Tage in mehreren Städten Massenkündigungen der Hauseigentümer an die Mieter. Diese Kündigungen haben selbstverständlich keine gesetzliche Geltung, solange ihnen nicht die zuständigen Mieteinigungsämter zugestimmt haben. Sie sind auch im allgemeinen nicht als eigenhändige Kündigung gemeint, sondern sie bezwecken die Herbeiführung einer Entscheidung der Mieteinigungsämter über eine Neuverpflichtung der Mieter, wie sie in dem Entwurf der paritätisch zusammengesetzten Mietzinskommission in Karlsruhe vorgeschlagen wurden. Dieser Entwurf, der in und außerhalb Karlsruhes heftig umstritten wird, sieht eine alljährlich neu vorzunehmende Berechnung des Mietzinses nach Grundmiete, Betriebs- und Instandhaltungskosten vor. Die Grundmiete soll 6 Prozent des Steuerwerts von 1914 betragen, daneben aber hätte der Mieter sämtliche auf dem Hause lastenden Gebühren u. 1 1/2 Prozent des Steuerwerts für Instandhaltungskosten zu tragen. Dazu kam eine Reihe weiterer Bestimmungen, die dem Hausbesitzer neben gewissen Verpflichtungen, wie jener der Verwendung der berechneten Instandhaltungskosten für den tatsächlichen Zweck u. der belegmäßigen Nachweisung der Betriebskosten, weitgehende Rechte einräumten, dem Mieter aber Lasten u. Pflichten aufzulegen, die zum Teil weit über den Rahmen der im bürgerlichen Gesetzbuch vorgesehenen hinausgehen. Der Karlsruher Stadtrat hat diese letzteren Bestimmungen vorerst abgelehnt und der Bevölkerung lediglich empfohlen, beim Abschluß von neuen Mietverträgen der Mietzinskommission aufgestellte Berechnungsweise zugrunde zu legen. Das bedeutet eine Kritik des Kommissionenentwurfs, die doch zu bedenken geben sollte, ob es nicht zu empfehlen wäre, auch diese Berechnung, in der auch die staatliche Vermögenssteuer, die städtischen Umlagen, die Landeskirchensteuer (1) und die Ortskirchensteuer (1) des Hauseigentümers mit vier Fünfteln auf die Mieter abgewälgt werden, einer nochmaligen Prüfung zu unterziehen, zumal da der erste Vorsitzende des Mieteinigungsamtes selbst erklärte, daß die Frage, ob die neue Art der Berechnung Mietsteigerungen bringe, weder bejaht noch verneint werden könne. Man wird es niemandem verübeln können, wenn er sich dagegen wehrt, einen Kontrakt zu unterschreiben, dem er nicht weiß, ob er ihm eine Verminderung oder eine Erhöhung seiner Ausgaben bringen wird.

Welch große Befürchtungen in Mieterkreisen an die erfolgten Kündigungen geknüpft werden, erhellt aus einem Appell der Karlsruher Mieter- und Untermietervereine an die Mieter, den neuen Vertrag abzulehnen und unbedingt Befestigung und Einschätzung der Wohnung zu verlangen. Im einzelnen gibt der Aufruf der Vermutung Ausdruck, daß die Hauseigentümer mit den erfolgten Massenkündigungen bezweckten, das Mieteinigungs- und Wohnungsamt so zu überlasten, daß beide Ämter die Arbeit kaum mehr bewältigen können und in Aufschub und Vorennehung nach einem gewissen Schema die Rechtsprechung erfolgen müsse. Gewisse Tendenzen, in diesen Ämtern, so heißt es weiter, „lassen auch darauf schließen, daß der Wunsch der Herren vom Hausbesitz in Erfüllung geht. Will man doch dort dazu übergehen, einfach zu erklären, es werden 11 1/2 bis 11 3/4 Prozent des Steuerwerts als Mietseinnahme berechnet, ohne die Beschaffenheit der einzelnen Wohnungen in Betracht zu ziehen. Es steht also zu befürchten, daß die Befestigungen und Einschätzungen aufhören werden. Das hat zur Folge, daß auch für die schlechtesten und verwerflichsten Wohnung gleicher Größe die gleiche Miete bezahlt werden muß, wie für die Wohnung, welche in ruhiger und schöner

\* Der Mieter braucht, wie das Mieteinigungsamt Karlsruhe uns auf Befragen mitteilt, die Kündigung nicht anzuerkennen. Es genügt vollständig, wenn er mündlich erklärt, daß er sie ablehnt und den Eigentümer an das Mieteinigungsamt verwies.

Lage und in gutem Zustande ist. Ja, es kommt vor und wird bei diesem System auch weiterhin vorkommen, daß im gleichen Hause gut hergerichtete Wohnungen in der Miete nicht höher stehen wie verfallene Wohnungen, in welchen der Hausbesitzer schon Jahrzehnte nichts hat herrichten lassen.

Wir sind der Meinung, daß der Karlsruher Mietvertragsentwurf in der Tat nichts weniger als das Ideal einer die Interessen der Hauseigentümer und der Mieter gleichermaßen währenden Abmachung darstellt und daß seine Ablehnung seitens der Mieter wohl verständlich ist, können aber andererseits nicht glauben, daß die Mietvereinsämter sich, dem Geiste der Mieterschutzgesetzgebung zuwider, in einseitiger Weise der Interessen der Hauseigentümer annehmen werden. Auf alle Fälle scheint uns die ganze Frage noch sehr der Klärung zu bedürfen.

### Der Brand von Sunthausen.

Das schwere Brandunglück, das vor wenigen Tagen die 500 Einwohner zählende Gemeinde Sunthausen heimlich, zahlreiche Einwohner obdachlos machte und viele ihrer Habe zerstörte, hat allenthalben warmes Mitleid ausgelöst. Das Staatsministerium hat angeordnet, daß die brennende Notlage sofortige Schritte zur Hilfeleistung unternehmen, und der Minister des Innern hat sich persönlich an Ort und Stelle begeben, um die erforderlichen Maßnahmen in die Wege zu leiten. In fürsorglicher Weise haben verschiedene Nachbargemeinden eine Anzahl von Kindern gastlich bei sich aufgenommen und damit die obdachlosen Eltern zunächst ihrer größten Sorge entbunden. Andere Gemeinden, darunter die Landeshauptstadt, haben Kleider, Wäsche und anderes an die Brandbeschädigten abgeben lassen. Auch Geldsammlungen sind an verschiedenen Stellen in die Wege geleitet worden. U. a. hat sich in Karlsruhe eine Anzahl von angesehenen Männern zusammengeschlossen, die sich in dankbarer Erinnerung an ihre langjährige frühere Tätigkeit im Bezirk Donaueschingen an die lauffähige Unterstützung der Karlsruher Bürgererschaft wenden, damit durch schnelle Hilfe der größten Not gesteuert werden kann. Es handelt sich in erster Linie darum, Mittel zu sammeln, damit die durch den Brand gestörten, für die Feldbebauung notwendigen Gerätschaften, weiterhin Kleider, Wäsche usw. wieder beschafft werden können. Die Einwohnerchaft wird diesem Aufruf zweifellos Folge leisten und es nicht an reichen Spenden fehlen lassen. Ist es doch heute mehr denn je eine dringende Pflicht, den schwer Bedrängten beizustehen!

### Zeichen und Wunder

Begeben sich in Karlsruhe. Ein Langabend mußte abgesetzt werden, weil sich kein Publikum dazu fand. Man denke: ein Langabend! Obwohl bisher zu derartigen Veranstaltungen, auch wenn sie keine künstlerische Bedeutung hatten, zuweilen ein Andrang herrschte, daß es für diejenigen, die sich nicht lange zuvor bereits mit Einlaßkarten versehen hatten, oft schwer war, noch einen Platz zu finden! Wir würden dieses Falles hier nicht Erwähnung tun, wenn ihm nicht eine gewisse symbolische Bedeutung zukäme. Beweist er doch, daß das Publikum mit Darbietungen dieser Art überfrachtet ist und das Interesse an ihnen verloren hat. Ob sich dieses Interesse hinsichtlich wohl mehr den in den letzten Jahren vielfach vernachlässigten Gebieten der guten Konzertmusik, der Oper und des Schauspielers zuwenden?

### Badischer Landtag.

BL. Der Verfassungskommission beschloß, die Beratungen über den vorliegenden badischen Gesetzentwurf betr. die religiöse Erziehung der Kinder auszuführen, weil im Reichstag ein Antrag zur reichsgesetzlichen Regelung der religiösen Erziehung der Kinder eingegangen ist. Der Ausschuss bestimmte sodann den Abg. Dr. Schürer (Ztr.) zum Berichterstatter für den Gesetzentwurf über die Aufhebung der Stammgüter. Es folgte die Beratung des Gesetzentwurfs über die Abänderung des Enteignungsgesetzes und in Verbindung damit die Eingabe der Geschäftsstelle des badischen Waldbesitzerverbandes. (Berichterstatter Abgeordneter Dr. Gothein (Dem.)) Es handelt sich bei dem Gesetz darum, daß forstwirtschaftlich genutzter Grundbesitz zur Schaffung von Äckern, Wiesen und Gartenland zugunsten des Staates, der Gemeinden, der Kreise und Bezirksverbände oder gemeinnütziger Unternehmungen, enteignet werden kann. Der Berichterstatter betonte die Notwendigkeit einer Steigerung der landwirtschaftlich genutzten Bodenfläche. Auf Antrag von Dr. Schürer soll in den Gesetzentwurf ein weiterer Absatz eingefügt werden, wonach das Wiedererwerbungsrecht des Vorbesitzers erfolgt, wenn in einer Frist von 10 Jahren eine Umwandlung in ein landwirtschaftlich zu nutzendes Gelände nicht erfolgt ist. Dieser Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Der Ausschuss für Rechtspflege und Verwaltung beriet den Gesetzentwurf über die badische Gemeindeordnung in zweiter Lesung. Bei den Beratungen wurde ein sozialdemokratischer Antrag, wonach die Bürgermeister auf die Dauer von sechs Jahren unmittelbar von den Wahlberechtigten, die besoldeten Gemeinderäte in den Städten und großen Gemeinden von den Mitgliedern des Bürgerausschusses, in den übrigen Gemeinden unmittelbar von den Wahlberechtigten zu wählen seien, abgelehnt. Annahme fand ein demokratischer Antrag, wonach die Bürgermeister und besoldeten Gemeinderäte in Gemeinden bis zu 4000 (bisher 2000) Einwohnern unmittelbar von den Wahlberechtigten zu wählen sind.

### Aufgefundenes Geld.

Von zuständiger Stelle wird wie folgt mitgeteilt: Am 7. Januar wurde aufgefunden auf dem Bahnhof Offenburg der Betrag von 30 M., abgeliefert in Kiesel; im Februar: am 22. auf dem Bahnhof Emmendingen ein Geldbeutel mit 57,22 M.; am 25. auf dem Bahnhof Karlsruhe eine Brieftasche mit 50,05 M.; im Aug. 354 ein Taschentuch mit 24,80 M., abgeliefert in Mannheim; am 26. auf dem Bahnhof Karlsruhe der Betrag von 10 M.; im März: am 1. auf der Galtstette Kolonnenstraße ein Geldbeutel mit 172,80 M., abgeliefert in Denslingen; auf dem Bahnhof Mannheim ein Geldbeutel mit 14,05 M.; am 2. auf dem Bahnhof Seelbach ein Taschentuch mit 7,35 M.; am 4. im Zug 1683 ein Geldbeutel mit 7,90 M., abgeliefert in Schopfheim; am 5. im Zug 1650 ein Taschentuch mit 408 M., abgeliefert in Waldbrunn; auf dem Bahnhof Bad. eine Brieftasche mit 163,00 M.; am 9. im Zug 1721 ein Taschentuch mit 13,55 M., abgeliefert in Bad. Bad.; am 10. im Zug 1647 ein Geldbeutel mit 6,20 M., abgeliefert in Bad. Bad.; im Zug 42 ein Geldbeutel mit 43,30 M., abgeliefert in Bruchsal; am 12. im Zug D 2 der Betrag von 50 M., abgeliefert in Bad. Bad.; am 13. im Zug 1424 ein Geldbeutel mit 9,40 M., abgeliefert in Remig.

### Kurze Nachrichten aus Baden.

#### Eisenbahn-Verkehrsherre.

Die Annahme von Frachttägern und Wagenladungen nach Offenburg a. M. einschließlich Offenburg a. M. Hafen ist bis auf weiteres gesperrt. Zugelassen sind Ladungen für Gaswerk, Elektrizitätswerk und Anschlussbesitzer. Die Annahmehorre für Eis- und Frachttägern nach den Bahnhöfen der Stadt Frankfurt a. M. ist aufgehoben.

Regierungsbefugnisse auf der Frankfurter Frühjahrsmesse. Das Reichamt hat die Mitglieder der Reichsregierung und der bundesstaatlichen Regierungen für Dienstag, den 12. April, zum Besuche der vierten Frankfurter Internationalen Messe eingeladen. Auch diesmal hat eine größere Zahl von Regierungsvertretern ihr Erscheinen zugesagt. Unter anderem werden erscheinen: Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums, des bayerischen, württembergischen, bairischen und hessischen Kabinetts, der Präsident des Senats der Freien Stadt Lübeck, Mitglieder des Reichstags und des hessischen Landtags.

Heidelberg, 6. April. Wie teuer das Bauen von Wohnungen ist, zeigen zwei Vorlagen an den Bürgerausschuss. Beim Bau von 66 Wohnungen, der im Vorjahr in den Vororten Schlierbach und Handshühheim begonnen wurde, sind die bewilligten Beträge um 6 Millionen Mark überschritten worden. Diese Summe wird nun nachgefordert. In beiden Fällen ist mehr als das Dreifache der veranschlagten Baukosten herausgekommen.

LPD. Schwetzingen, 7. April. Die Schwetzingen Spargelmärkte werden am 11. April wieder eröffnet werden.

LPD. Donaueschingen, 8. April. Es ist jetzt festgestellt worden, daß durch das Großfeuer in Sunthausen 29 Gebäude zerstört wurden, wodurch etwa 120 Personen ihr Obdach verloren. Minister Remmele teilte mit, daß eine Hundertschaft der badischen Gruppenpolizei von 150 Mann unter sachmännlicher Leitung die Aufräumungsarbeiten übernehmen werde. Die Regierung lege den größten Wert darauf, daß die Feldbestellung trotz des Brandes im vollen Umfang vor sich gehe und der Wiederaufbau möglichst bald vorgenommen werde. Das Arbeitsministerium und die Gebäudeversicherungsanstalt werden ihr Möglichstes dazu beitragen.

Konstanz, 6. April. Hier fand die Jahresversammlung des Internationalen Bodenerwerbsvereins statt, bei der die Regierungen aller Bodenerwerbsstaaten und die großen Landesvereine aller Bodenerwerbsstaaten, der Schweiz usw. vertreten waren. Die Versammlung beschäftigte sich vor allem eingehend mit der Zulassung zum Fischereibetrieb, es wurde verlangt, daß schlechte Elemente, die sich an Neuen, Fängen usw. beteiligen haben oder mit Ehrenstrafen belegt sind, vom See fern gehalten werden müssen. Von Schweizer Seite wurde verlangt, eine noch strengere Fischereiaufsicht durchzuführen; jedem Aufstiegsboot soll ein deutscher und ein schweizerischer Wächter beigegeben sein.

Konstanz, 7. April. Eine katholische Konferenz, die von Vertretern sämtlicher Klerikalen, also aus dem deutschen Reich, aus Bessarabien und aus der Schweiz besucht sein wird, wird vom Pfingstdienstag bis Pfingstsonntag in Konstanz stattfinden. Die Beratungen werden nicht öffentlich sein. Es werden folgende Themen behandelt werden: 1. Der Papst und die Weltlage; 2. Das katholische Weltrecht; 3. Volkswirtschaft und Katholizismus; 4. Katholische Moral und soziale Frage. Redner sind: Nationalrat Baumberger, Zürich, Bundesrat Dr. Drexler, Barmen, Geistl. Rat Dr. Reibach, Freiburg.

LPD. Konstanz, 7. April. Die Ministerkommission hielt unter dem Vorsitz des Geistl. Rats Dr. Sester aus Freiburg eine Sitzung ab, zu der als Vertreter der Regierung Ministerialrat Dr. Hirsch erschienen war. Ferner nahm daran teil der Konvokator für kirchliche Altäre, Universitätsprofessor Dr. Sauer-Freiburg. Es wurden Leitfäden aufgestellt, nach denen das Münster restauriert werden soll. Diese werden der Regierung und dem Ordinariat zur weiteren Behandlung zugewiesen. Dem Landtag wird noch eine Vorlage zur Vereinfachung von Mitteln für die Münsterrestauration zugehen. — Der Münsterbauverein, der in der 70er Jahren gegründet wurde, ist dieser Tage neu aufgelebt. Er wird bei der Münsterrestauration subsidiär mitwirken.

### Aus der Landeshauptstadt.

#### Mitteilungen aus der Stadtratssitzung vom 7. April 1921.

Konfervatorium für Musik. Der bisherige Inhaber des Konfervatoriums für Musik der Landeshauptstadt Karlsruhe, Hofrat Professor Heinz Ordenstein, ist am 22. März d. J. gestorben. Nach der mit ihm seinerzeit getroffenen Vereinbarung ist die Stadtgemeinde, nachdem sie bereits seit 1910 Eigentümerin des Gebäudes Sofienstraße 43 ist, nunmehr auch Eigentümerin der Anstalt und ihres gesamten Inventars geworden. Auf Vorschlag der Kommission zur Beratung von Verwaltungs- und Organisationsfragen des Konfervatoriums erklärt sich der Stadtrat damit einverstanden, daß Frau Hofrat Ordenstein Witwe die Anstalt vorläufig als Unternehmerin auf eigene Rechnung weiterführt und die Stadtgemeinde ihre bisherige Beteiligung an der wirtschaftlichen Sicherstellung der Anstalt auch der Frau Ordenstein gegenüber vorerst aufrecht erhält.

Der Ausbau der Gottesauer Kaserne — Friedrichsbau — zu Wohnwohnungen, welcher sich bisher nur auf den Mittelbau und den Südbügel beschränkte, wird nunmehr auf den Nordflügel ausgedehnt.

Für den Ausbau der Telegaphenkaserne, Mannschaftsgebäude I, zu Wohnwohnungen werden 212 000 M. bewilligt. Außerdem wird der Ausbau des Fahrzeug- und Kammergebäudes und eines Stallgebäudes in Aussicht genommen. Endgültige Entschlüsse hierüber erfolgt demnächst nach Vorlage genauer Pläne und Kostenberechnungen.

Das Vertragsmuster betr. Zuschüsse zum privaten Wohnungsbau wird endgültig genehmigt, nachdem einzelne Bestimmungen noch so ergänzt und abgeändert worden sind, daß es, außer auf Einfamilienhäuser, auch auf mehrgliedrige Gebäude Anwendung finden kann. Interessenten wird empfohlen, Umbrude dieses Vertragsmusters, gegen eine Gebühr von 5 M. auf der Stadtkanzlei, Abt. VIII, Zimmer Nr. 80, abzuholen.

Förderung der Schwemmanalysen. Um die Durchführung der Analysen an die Schwemmanalysen zu fördern, sollen die Bedingungen für die Gewährung von Darlehen zwecks Einrichtung von Schwemmanalysen, Wasserleitung oder Gasleitung, vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bürgerausschuss in finanzieller Hinsicht dezent gestalter werden, daß die Grundkosten für die Darlehensgewährung auf 250 000 M. und die für das einzelne Grundstück zu gewährenden Darlehen von bisher 3000 M. auf 6000 M. bezw. für den einzelnen Schuldner von 10 000 M. und 15 000 M. erhöht werden. Ferner soll die Frist für die Rückzahlung der Darlehen allgemein auf 10 Jahre erstreckt und nur der von der Stadt für die Anlehensmittel tatsächlich aufzuwendende Zins berechnet werden.

Von Arthur Kusterer, dem Karlsruher Komponisten, wird der neue Konzertmeister des hiesigen Landesorchesters, Ottomar Voigt, in Berlin eine Violinsonate zum erstenmal aufführen.

Sonnenfinsternis. Die ringförmige Sonnenfinsternis konnte am Freitag sehr gut beobachtet werden. Bald nach halb 9 Uhr sah die Sonne aus wie der Mond im ersten Viertel. Kurz nach 11 Uhr war die Finsternis beendet.

## Freie Aussprache.

(Wir veröffentlichen unter dieser, vom übrigen redaktionellen Teil abgesonderten Rubrik, Leserbriefe, Anfragen und Antworten aus allen Kreisen, um auf diese Weise eine freie Aussprache zu ermöglichen. Selbstverständlich bedingt sich diese Freiheit außerhalb der politischen Verantwortung der Redaktion.)

## Ungegesetzliches Vorgehen gegen die Mieter.

Aus Offenburg wird uns geschrieben: „Um die Monatswende ging hiesigen Mietern folgendes Formular zu:

### „Verpflichtungsbchein.“

Der (Die) Unterzeichnete(n) verpflichtet(n) sich hiermit, den neuen Mietvertrag und die neue Mietzinsberechnung mit Wirkung vom ersten . . . 1921 an rechtsverbindlich anzuerkennen.

Der Vertrag selbst wird also später präsentiert. Unter allen möglichen Manipulationen wird die Unterschrift zum Teil mit ein 1—stündiger Fristgewährung begehrt. Das Urteil überlassen wir der Öffentlichkeit und verlieren auch kein Wort zur Begründung der vor dem Gesetz völlig wirkungslosen Folgen durch die zum Teil erlangten Unterschriften für die Zukunft.

In unserer Abwehrstellung haben wir unter anderem die Rechtsgültigkeit der vom Mietvereinsamt zur Kündigung erlassenen Anordnung angezweifelt. Gegen die Zulässigkeit solcher einseitigen Anordnungen sprechen folgende Erwägungen:

„Es ist anerkanntes Recht, daß eine Kündigung nur unbedingt ausgesprochen werden kann. Die Zulassung einer Kündigung im Wege der vom Mietvereinsamt geübten einseitigen Anordnungen käme einer Kündigung gleich, bedingt durch die endgültige Zulassung seitens des Mietvereinsamts in voller Befugnis. Es wäre dies also ein Verstoß gegen das Gesetz insofern, als das Bürgerliche Gesetzbuch eine bedingte Kündigung nach unbestimmter Rechtslehre nicht zuläßt.

Ich halte aber die einseitige Anordnung zur Wahrung der Kündigungsfrist aus folgendem Grund für im Gesetz nicht begründet. Einseitige Anordnungen haben den Charakter etwa wie die einseitigen Verfügungen in der Reichsjustizprozedur. Voraussetzungen für dieselben ist das Bedürfnis nach einer besonderen Befugnis zur Wahrung der Mieterrechte, wobei dieses Bedürfnis durch Verschulden des Vermieters veranlaßt sein muß. In allen oder wenigstens in den meisten der mir bekannt gewordenen Fälle, in denen auf Veranlassung der Vermieter eine einseitige Verfügung des Mietvereinsamts oder dessen Vorsitzenden erwirkt worden ist, waren die Vermieter selbst daran schuld, daß die Entscheidung über die Zulässigkeit der Kündigung nicht rechtzeitig seitens des Mietvereinsamts in voller Befugnis erfolgen konnte. Wer zum Zwecke der Mietzinssteigerung die Zustimmung zur Kündigung erreichen will, soll so rechtzeitig seinen Antrag stellen, daß vor Beginn des Kündigungszeitraums bezw. Monats usw. eine Entscheidung über die Zulässigkeit der Kündigung möglich ist. Nur in solchen Fällen, wo ohne Verschulden des Vermieters durch unvorhergesehene Umstände, die im Verfahren selbst (wider Erwarten notwendige umfangreiche Beweiserhebungen auswärts usw.) ihren Grund haben, die Entscheidung unbeschleunigt verzögert wird, würde ich eine einseitige Anordnung der genannten Art ganz ausnahmsweise zulassen. Es schadet dem Vermieter durchaus nicht und wäre für ihn wirtschaftlich sicher nicht ruinös, wenn er den erhöhten Mietzins erst eine Mietzinsperiode später bekommt.“

Das zum Schutze der Mieter sein Dasein verdankende Mietvereinsamt ist hierin erste und letzte Instanz. Die Mieterchaft wäre für eine Stellungnahme aus den Kreisen der Juristen dankbar.

Oberjustizsekretär Bürger,  
Vorsthender des Mietervereins

## Basel—Konstanz.

Aus Lörrach geht uns der folgende Artikel mit der Bitte um Abdruck zu:

Während in deutschen Landen wenigstens die Eisenbahnen wieder das Bild des Friedens zeigen, im allgemeinen pünktlich ein- und auslaufen und als Zeichen wiederwachsender Kraftigung betrachtet werden, liegt die Eisenbahnlinie Basel—Konstanz noch in dem Dornschäufel der Kriegszeit. Wer sich einmal der Qual unterzogen hat, durch all die Zoll- und Passschwierigkeiten dieser Linie sich hindurchzuwinden, der wird sich ein zweites Mal reiflich überlegen, ehe er wieder diese Linie fährt. Und doch ist es eine der schönsten unserer süddeutschen Bahnen. Von Basel den Rhein entlang, an den mächtigen Kraftwerken mit ihren Staustufen vorüber, an dem hochgelegenen Laufenburg vorbei und schließlich am Schaffhauser Rheinfall — eine Fülle von herrlichen Landschaftsbildern. Und wie von Basel aus bis zum Rheinfall gewissermaßen die Einbrüche sich aufsteigend bewegen, so flingen sie leise wieder ab am Hohentwiel vorbei in die milde Freundlichkeit des Bodensees.

All das wird den Reisenden vergällt durch die Zoll- und Passstationen, die jeweils mit 1/2- und mehrstündigem Aufenthalt die Fahrt unterbrechen. Es ist kein angenehmes Gefühl, jedesmal auf Herz und Nieren geprüft zu werden und ohne Verärgerungen geht es für Keinen ab. Sollte es denn wirklich nicht möglich sein, die auch verkehrspolitisch so überaus wichtige Linie von Basel bis Konstanz wieder friedensmäßig zu betreiben? Man sollte meinen, daß das nicht allzu schwierig sei und folgender Vorschlag mag geprüft und dabei bemerkt werden.

Die Bahnen laufen von Basel aus bis an die deutsche Endstation vor Schaffhauser Gebiet fahrplanmäßig. Dort steigen einen Triebwagen, der das Schaffhauser Gebiet vom einen bis zum andern Ende pendelweise durchfährt. Der Zug selbst aber fährt ohne Aufenthalt mit Menschen, Tieren und Gepäck durch das Schweizer Gebiet durch, und hält erst wieder auf deutschem Boden. Von dort ab fährt er dann wieder fahrplanmäßig normal weiter. So wäre Allen geholfen und die Verbindung von Basel an den Bodensee endlich wieder eine normale.

Offentlich gelangt es den deutschen und schweizer Behörden auf diese oder eine andere Art und Weise endlich den vielen Klagen über den gegenwärtigen Zustand ein Ende zu machen.

## Staatsanzeiger.

Das badische Staatsministerium hat unterm 23. März d. J. dem Versicherungsbeamten Otto Meinger aus Karlsruhe und dem Hauptkellner Hermann Wiffert aus Kirchzarten die silberne Rettungsmedaille verliehen.

Das Staatsministerium hat unterm 31. März d. J. beschlossen, den Lehramtspraktikanten Franz Reuberth am Lehrerseminar in Ettlingen zum Professor an der Realschule in Weiblen zu ernennen.

**Todes-Anzeige.**  
 Unser lieber guter Gatte, Vater,  
 Schwager und Onkel  
**Medizinalrat**  
**Dr. Eduard Woerner**  
 Bezirksarzt  
 ist heute abend 1/10 Uhr nach  
 kurzer, schwerer Krankheit uner-  
 wartet rasch verschieden.  
 Überlingen, den 6. April 1921.  
 In tiefem Leid:  
 Anna Woerner geb. Ehrenfried.  
 Eduard Woerner, Referendar.

Sonntag, den 10. April 1921:  
**Landestheater. Konzerthaus.**  
**Tiefeland. Liselott**  
 von der Pfalz.  
 6 bis geg. 1/9 Uhr. Mk. 20.—. 7—10 Uhr. Mk. 11.—.

**Dienstag**  
 12. April, 7 1/2 Uhr, Eintracht  
**Lustiger Abend** S.116  
 Professor Marzell  
**SALZER**  
 Zwanglose Auslese der besten Stücke  
 aus sämtlichen Programmen.  
 Karten z. 8, 6, 4 u. 3 M. (ausschl. Steuer) bei  
**Kurt Neufeldt, Waldstr. 39**

**M. Noll, Niesky, Holzhausbau**  
 liefert **Holz Häuser**  
 mit massivem Unterbau und Unterkellerung in  
 halbmassiv, block und Tafel, bestehend aus  
 4 Zimmer, Küche u. Nebenräume für 50000  
 Mark, 5 Zimmer wie vor. für 65000 Mark u.  
 6 Zimmer wie vor. für 80000 Mark. S.99  
 Kein Barackenbau, sondern solider handwerks-  
 mäßiger Villenbau. Entwurf mit Beschreibung  
 gegen 10 Mark Vorauszahlung.

**Deutsche Teppiche**  
 mit Persermuster  
 — in allen Größen —  
 nur erste Qualitäten  
 zu billigsten Preisen  
**Teppich - Haus**  
**Carl Kaufmann**  
 Karlsruhe i. B. Kaiserstr. 157, 1. St.  
 S.108

**Ämtliche Bekanntmachung.**  
 Die politische Lage betr.  
 Das mit Erlaß des Ministeriums des Innern vom  
 29. März 1921 erlassene Verbot von Versammlungen  
 unter freiem Himmel, von Straßenumzügen und An-  
 sammlungen wurde vom Ministerium des Innern mit  
 Erlaß vom 5. April 1921 Nr. 29204 aufgehoben.  
 Karlsruhe, den 8. April 1921. S.108  
 Bad. Bezirksamt — Polizeidirektion. D.3.60

Dem Viehhändler Ludwig Koch, Tullastr. 80, dem  
 Viehhändler Nathan David, Karlstr. 98, dem Vieh-  
 händler Theodor Dimer, Wielandstr. 2, dem Vieh-  
 händler Emil Richter, Kaiserstr. 213, dem Viehhändler  
 Karl Hochstetter in Graben, dem Viehhändler Sig-  
 mund Krieger in Graben, dem Bad. Landwirtschafts-  
 kammer hier, dem Metzgermeister Heinrich Müller,  
 Gumboldtstr. 24, den Viehhändlern Jakob und Rafael  
 Mayer, Rheinstr. 4, dem Metzger Hermann Müller,  
 Birkel 9, dem Viehhändler Benjamin Röll, Gerwig-  
 str. 5, dem Metzgermeister Karl Scheider, Rheinstr. 57,  
 dem Metzgermeister Schneider, Körnerstr. 57, dem  
 Handelsmann Hermann Vollmer, Rheinstr. 75, dem  
 Handelsmann Leon Weil, Geranienstr. 4, dem Vieh-  
 händler Moritz Weil, Kaiserallee 68, dem Handels-  
 mann Sigmund Weil, Kaiserallee 101 wurden gemäß  
 § 3, 4 der Bundesratsverordnung über Maßnahmen zur  
 Sicherung der Fleischversorgung in der Übergangs-  
 zeit nach Aufhebung der Zwangswirtschaft vom 19.  
 September 1920 in Verbindung mit § 2 der Verord-  
 nung des Ministeriums des Innern vom 27. Sep-  
 tember 1920 die Regelung des Handels mit Vieh und  
 Fleisch betr. in widerruflicher Weise die Erlaubnis er-  
 teilt im Amtsbezirk Karlsruhe hinsichtlich einschließ-  
 lich Rinder, Schweine, Schafe zum gewerbsmäßigen Weiter-  
 verkauf aufzutreten. S.109  
 Karlsruhe, den 1. April 1921.  
 Bad. Bezirksamt. — Polizeidirektion. D.3.54

**Möbelkäufer - Brautleute**  
**Speise- Herren- Schlaf- Zimmer**  
 finden Sie bei mir in großer Auswahl  
 Reelle und billige Bedienung. **Möbelhaus** Beachtung ohne Kaufzwang.  
**Maier Weinheimer**  
 Karlsruhe.  
 32 Kronen-straße **Bitte auf Straße und Hausnummer zu achten!** Kronen-straße 32

**Erholungsbedürftigen**  
 bietet das Krankenhaus Raboltszell am Bobensee an-  
 genehmsten Aufenthalt bei guter und billiger Ver-  
 pflegung. Für Frühjahrskuren besonders geeignet.  
 Hervorragend schöne landschaftliche Lage zwischen  
 Raboltszeller Buch und Marzelsingersee, Alpenrunds-  
 sichten, Waldspaziergänge, Dampfer- und Gondelfahr-  
 ten, reiche Fülle lohnendster Ausflüge in die herrliche  
 Umgebung. S.45.3.2.1.  
 Auskunft erteilt die Krankenhausverwaltung Ra-  
 boltszell.

**Zur Bekämpfung der Tuberkulose.**  
 Soeben erscheint:  
**Kurzer Katechismus**  
**der Gesundheitslehre**  
 Bearbeitet von  
**Dr. Fischer, Singheim.**  
 Zweite Auflage.  
 Herausgegeben vom  
**Bad. Landesverband**  
**zur Bekämpfung der Tuberkulose**  
 (ehem. Landes-Tuberkulose-Ausschuß Bad. Frauenverein  
 Abteilung V.)  
 Preis 80 Pfg.  
 Bei größeren Bezügen von Schulen und Vereinen er-  
 möglichter Preis: 50 Stück je 75 Pfg., 100 Stück je  
 70 Pfg., 250 je 65 Pfg., 500 je 60 Pfg., 1000 je 50 Pfg.

Das Bad. Ministerium des Kultus und  
 Unterrichts erläßt unterm 27. Januar 1921 im  
 Amtsblatt an die Leiter und Lehrer sämtlicher unter-  
 stellten Schulen folgende Bekanntmachung:  
 „Im Hinblick darauf, daß die Tuberkulose in  
 weiten Kreisen unseres Volkes immer mehr um sich  
 greift, weisen wir erneut auf die Notwendigkeit einer  
 aufklärenden Unterweisung unserer Schuljugend im  
 Rahmen des lehrplanmäßigen Unterrichts über die Ver-  
 hütung der genannten Krankheit und im Zusammen-  
 hang damit über eine zweckmäßige Lebensweise hin.  
 Als ein wertvolles Hilfsmittel im Dienst dieser auf-  
 klärenden Gesundheitslehre hat sich der vom Tuberku-  
 lose-Ausschuß des Badischen Frauenvereins Abtei-  
 lung V. herausgegebene, von Dr. Fischer-Singheim ver-  
 faßte „Kurze Katechismus der Gesundheitslehre“ er-  
 wiesen.“  
 Das Werkchen will in klarer, übersichtlicher und leicht-  
 verständlicher Form von Frage und Antwort zuerst beim  
 Unterricht in der Volksschule als Grundlage dienen,  
 aber es will auch weitere Volksschichten mit der  
 Lehre der Gesundheitspflege bekannt machen, besonders  
 die Eltern, die häufig die Schulbücher der Kinder  
 als Lektüre benutzen.  
 Nur zu beziehen von:  
**G. Braunsche Hofbuchdruckerei**  
**und Verlag in Karlsruhe**  
 Karlsruherstraße 14

**Auslosung von Schuldverschreibungen.**  
 Bei der am 16. März ds. Js. stattgehabten Aus-  
 losung der auf 1. November ds. Js. zum Heimzahlung  
 gelangenden Schuldverschreibungen des Anlehens der  
 Stadt Durlach vom Jahre 1906 wurden gezogen:  
 Lit. A. 13 zu 5000 M.  
 Lit. B. 56, 121, 155, 292, 355 zu je 2000 M.  
 Lit. C. 139, 146, 187, 200, 370, 479, 533, 534, 628  
 zu je 1000 M.  
 Lit. D. 18, 116, 161, 242, 267, 512, 541, 600 zu je  
 500 M.  
 Lit. E. 8, 59 zu je 200 M.  
 Die Inhaber der Schuldverschreibungen werden  
 hieron mit dem Anfügen in Kenntnis gesetzt, daß  
 mit dem 31. Oktober ds. Js. die Verzinsung der ge-  
 zogenen Stücke aufhört. Deren Einlösung kann bei  
 der Stadtkasse Durlach, bei der preussischen Central-  
 genossenschaftskasse in Berlin und beim Bankhaus  
 Delbrück, Schickler u. Co. in Berlin erfolgen. S.111  
 Von den früher zur Heimzahlung ausgelosten  
 Schuldverschreibungen wurden bis heute noch nicht  
 eingelöst:  
 Lit. D. 818, 579. Lit. E. 84.  
 Durlach, den 5. April 1921.  
 Der Gemeinderat.

**Ausstellungshalle Karlsruhe**  
 Wegen beschleunigter Auflösung bringen wir **weit**  
**unter Preis** zum Verkauf:  
**1 Posten Männerzwirnhosen**  
 Ersatz für Drillichhosen, **49.—**  
 Stück Mk.  
**1 Posten Decken**  
 ohne Rücksicht auf die früheren **35.—**  
 Preise zum Einheitspreis von Mk.  
**Städt. Bekleidungsstelle Karlsruhe**  
 Ausstellungshalle, Eingang Gartenstr., in nächster  
 Nähe des Bahnhofs.  
 Ununterbrochen von 8—5 1/2 Uhr geöffnet.  
 Packmaterial bitte mitbringen

**Dresdner Bank**  
 Einbezahltes Kapital: 260 Millionen M.  
 Rückstellungen: 80 Millionen M.  
 Niederlassungen in Baden:  
**Mannheim :: Heidelberg**  
**Freiburg i. B. :: Konstanz**  
 Sorgfältige Erledigung aller  
 bankmäßigen Geschäfte :-:  
 S.889

**Kaufe und verkaufe**  
 fortwährend getragene Herren- u. Damen-  
 kleidungsstücke, Uniformen, Wäsche,  
 Schuhe, Uhren, Reisezeuge, Ferngläser,  
 Musikinstrumente, Gold, Silber, Brillan-  
 ten, Möbel aller Art, Nähmasch., Kinder-  
 wagen usw. Gef. Angeb. erb. S.3  
 An- u. Verkaufsgeschäft, Tel. 3741  
**Weintraub 52 Kronenstr. 52.**

**An- und Verkauf**  
 von Möbel, wie Betten,  
 Sesseln, Waschkommo-  
 den, Divans, Federbetten  
 und Weißzeug etc.  
**B. Schirrmann,**  
 Markgrafenstraße 43.  
 Postkarte genügt.

**Fräulein**  
 perfert in Stenographie  
 und Maschinenschriften  
 sucht auf 1. Mai pausende  
 Stelle.  
 Angebote an die Karlsru-  
 her Zeitung unt. K.112.

**Bürgerliche Rechtsplege.**  
 a. Streittige Rechtssachen.  
 B. 672.21 Karlsruhe. Die  
 minderjährige Jfse Anna  
 Winkemann in Rabenau,  
 vertreten durch den Ver-  
 rufsvormund, Bürgermei-  
 ster Meier in Rabenau,  
 klagt gegen den russischen  
 Staatsangehörigen Stu-  
 denten Julius Birkndt,  
 zuletzt wohnhaft in Karlsru-  
 che, Rheinstr. 14 11, jetzt  
 unbekanntem Aufenthalts-  
 ort, auf Grund außergerich-  
 tlicher Vaterschaft mit dem  
 Antrage auf Beurteilung  
 zur Zahlung einer von  
 der Geburt der Klägerin  
 (22. Oktober 1920) bis  
 zum vollendeten 16. Le-  
 bensjahre im voraus zu  
 zahlenden monatlichen  
 Unterhaltsrente von 80  
 M. Zur mündlichen

Januar 1908 über die im  
 Grundbuch Baden Bd. 41  
 Blatt 410 in Abt. III un-  
 ter Nr. 2 auf das Grund-  
 stück auf Gemarkung Ba-  
 den Gb.-Nr. 216 zugun-  
 sten des Johann Mayer-  
 hofer, Braumeisters in  
 Singheim, eingetragene  
 Hypothek von 3000 M.  
 nebst Zinsen beantragt.  
 Der Inhaber der Urkunde  
 wird aufgefordert, späte-  
 stens in dem auf Mitt-  
 woch, 13. Juni 1921, vor-  
 mittags 10 Uhr, vor dem  
 hiesigen Amtsgericht —  
 Zimmer 19 — anberaum-  
 ten Aufgebotsstermin seine  
 Rechte anzumelden und  
 die Urkunde vorzulegen,  
 widrigenfalls die Kraft-  
 losklärung der Urkunde  
 erfolgen wird.  
 Baden, 7. April 1921.  
 Der Gerichtsschreiber des  
 Bad. Amtsgerichts.

**Bericht, Bekanntmachungen**  
**Rußholzperforierung**  
 Bad. Forstamt Schwein-  
 gen versteigert am  
 Freitag, den 15. April  
 1921, vormittags 9 Uhr,  
 im Kronprinzen in Of-  
 tersheim aus Domänen-  
 wald Forst, verchiedenen  
 Abteilungen: Forst-  
 schnitte (meistens fog-  
 überhälter) Stüd: 55 Ia,  
 54 Ib, 76 IIa, 143 IIb u.  
 28 III. M. S.659

Näheres durch die Forst-  
 warte Leopold Haas und  
 Auer in Oftersheim, Det-  
 zel in Oftersheim, Rod  
 in Schweigen.

**Fortsetzung der öffentl-**  
**chen Versteigerung**  
 der Versteigerung gegen  
 Verzinsung: Funfsachen  
 und unanbringliche Güter  
 vom 4. Vierteljahr 1920  
 am Mittwoch, den 13.  
 April 1. J., vormittags 8  
 Uhr, beginnend, im Ver-  
 steigerungsraum Karlsru-  
 che, Hauptbahnhof (Ein-  
 gang Markgrafenstr.).  
 Karlsruhe, 29. März 1921.  
 Materialamt der Ehen-  
 bahn-Generaldirektion.  
 Mit sofortiger Wirkung  
 dürfen Fortpflanzgüter von  
 deutschen Stationen nach  
 Basel Bad. Bf. und um-  
 gekehrt, soweit die Bestim-  
 mungen über Ein- und  
 Ausfuhr nicht entgegen-  
 stehen, wieder angenom-  
 men werden. S.690  
 Karlsruhe, 7. April 1921.  
 Eisenbahn-  
 Generaldirektion.